

Freie Wählervereinigung Auenwald

Vorsitzender: Karl Meister

Antrag vom 23.10.2011

- Kürzung des Gehalts von Bürgermeister Ostfalk und Baumamtsleiter Schif

Ein Bürgermeister und ein Bauamtsleiter haben die Pflicht, ehrlich zu sein und zum Wohl aller Bürger zu handeln, die Bürger vor Schaden zu bewahren, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, das was versprochen wurde, auch zu erfüllen und für das Gehalt auch tätig zu sein. Diese Pflichtaufgaben werden sowohl von Herrn Ostfalk als auch von Herrn Schif trotz Anmahnung äußerst vernachlässigt.

Einige Beispiele:

Herr Ostfalk geht mit den Finanzen sehr leichtfertig um. Die Versprechungen, Schulden abzubauen, werden vernachlässigt.

Herr Ostfalk scheint nicht gewillt zu sein, Herrn Schif zu Recht zu weisen, wenn dieser Unwahrheiten betreibt, wodurch Bürgern Schaden entsteht und Bürger das Verhalten und den Umgang mit Herrn Schif als unzumutbar bezeichnen.

Bei vielen Dingen hat Herr Ostfalk seine Versprechungen nicht eingehalten. Vor allem ist finanzieller Schaden auf verzögerte Abrechnungen von Abwasserbauten und Reservierung eines Bauplatzes für seine eigene Person (ca. 16.000 Euro) zurückzuführen.

Auch bei Grundstücksgeschäften wurden Pflichtaufgaben vernachlässigt.

Der Bau von Bremsnieren war Herrn Ostfalk wichtiger als Kreisverkehrsanlagen.

Die Oberbrüdener sind es Herrn Ostfalk nicht wert, dass er einen Aufruf zur Erhaltung des Bäckerverkaufswagens an gut sichtbarer Stelle veröffentlicht.

Die Sicherheit der Kinder durch entsprechende Gehwege in der Altgemeinde Oberbrüden scheint ihm nicht wichtig zu sein. Er hat sich trotz einer Unterschriftenliste von Bürgern, die einen Gehweg gefordert haben, nicht um einen Gehweg bemüht.

In Oberbrüden werden die Weichen für eine der Landwirtschaft und der Natur schädliche Grundwasserabsenkung neu gestellt. Trockenschäden an Streuobstbäumen werden großzügig akzeptiert. Gleichbehandlung scheint keinen großen Stellenwert zu haben.

Beim so genannten Tiefbrunnen, wo oberflächennahes Wasser genutzt wird und der Natur Schaden entsteht, wird das Grundwasser abgesenkt. Das dürfte sich auf den nahe liegenden Sportplatz auswirken, der im Sommer bewässert werden muss. Der Boden schrumpft und bewegt sich, wenn man ihm Wasser entzieht. 14 Rohrbrüche gab es im Jahr 2011. Ein Gutachten sagt aus, das für hier vorkommende Trockenschäden, die dem Gesetz widersprechenden Entwässerungen verantwortlich sind. Trotzdem verweist Herr Ostfalk auf den Klimawandel.

In der Öffentlichkeit präsentiert sich Herr Ostfalk als Förderer von Streuobst. Tatsache ist jedoch, dass die von der Gemeinde geförderten Entwässerungen für Trockenschäden an Streuobstbäumen mit verantwortlich sind.

Für den Hochwasserschutz werden Millionen Euro ausgegeben. Je mehr Bäume im Wald durch Trockenschäden geschädigt sind, umso weniger Wasser kann der Wald zurückhalten. Das trägt zu Hochwasser bei. Darum kümmert sich Herr Ostfalk nicht.

Anträge in Haushaltsreden werden nicht ausreichend behandelt.

Es gibt mehrere Fälle, wo Bürger vor Gericht ihr Recht gegenüber der Gemeinde erstreiten müssen, weil Herr Ostfalk nicht gewillt ist, sich gütlich zu einigen oder zu vermitteln.

Bei einer Sitzung hat Herr Ostfalk behauptet, es habe 18 Ja-Stimmen gegeben. Es waren aber nur 15 Gemeinderäte anwesend. Als ich widersprochen habe, wollte er mich aus der Sitzung verweisen.

Feldwege wurden in den Jahren 2010 und 2011 sehr stark vernachlässigt. Herr Ostfalk ist nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben, was mit dem dafür bereit gestellten Geld geschehen ist.

Zur Verkehrssicherheit hat der Gemeinderat auf Antrag der FWA bereits am 9. November 2010 zugestimmt, dass an mehreren Stellen Spiegel aufgestellt werden. Dieser Pflicht ist Herr Ostfalk bis zum heutigen Tag nicht nachgekommen.

Am 19.7.2010 hat der Gemeinderat Folgendes zur Kenntnis genommen:
„Wir werden weiterhin dafür eintreten, das im Zuge von laufenden Baumaßnahmen darauf geachtet wird, bestehende Grundwasserableitungen, soweit technisch und wirtschaftlich einigermaßen machbar, reduziert oder möglichst ganz beseitigt werden.“ Ich frage mich, was wurde hiervon beachtet? Das Gegenteil wird getan. Das Landratsamt wendet nach Rücksprache mit der Gemeindeverwaltung das bestehende Landeswassergesetz nicht an, trotz skandalöser Trockenschäden oberhalb einer dem Gesetz widersprechenden Baugrubenentwässerung und des Vorhandenseins eines Gutachtens, das bestätigt, dass für diese Trockenschäden diese Entwässerung als verantwortlich in Frage kommt.

Der Bitte, sich darum zu kümmern, dass es auch in Oberbrüden möglich ist, die Müllmarken zu kaufen (z. B. beim Bäckerverkaufswagen) ist Herr Ostfalk nicht nachgekommen.

Einer Aufforderung, bei Einkäufen alle Anbieter in Auenwald zu berücksichtigen, kommt Herr Ostfalk ebenfalls nicht nach. Trotzdem hat er behauptet, es würde abgewechselt.

Weder Herr Ostfalk noch Herr Schif haben sich bisher ausreichend um eine pflichtbewusstere Amtsführung bemüht.

Für falsche Anschuldigungen hat sich Herr Ostfalk nie entschuldigt.

Herrn Schif ist das Gehalt zu kürzen, weil er in folgenden Dingen seinen Amtspflichten nicht nachkommt:

Er scheint zufrieden zu sein, wenn Bürger unter Verwendung von Unwahrheiten Schaden erleiden und schikaniert werden.

In letzter Zeit sind zwei Bürger auf mich zugekommen, weil Sitzungsvorlagen nicht den Tatsachen entsprechend formuliert waren. In einem Fall hat Herr Schif die Vorlage zu seinem persönlichen Vorteil formuliert. Es ist nicht auszuschließen, dass das in der Vergangenheit auch vorgekommen ist.

An der Geigersbergstraße wurde ein Bauplatz mit Beteiligung von Herrn Schif dauerhaft entwässert. Derartige Entwässerungen sind durch das Gesetz verboten. Seitdem sind dort in weitem Umkreis – im Gegensatz zu anderen Standorten - Trockenschäden an Streuobst- und Waldbäumen aufgetreten. Als die Sache angezeigt wurde, hat Herr Schif angegeben, dass dort nur bei Hochwasser entwässert würde, obwohl dort Wasser im Dauerbetrieb davon läuft.

Eine neu errichtete Engstelle in der Geigersbergstraße, die eine Fehlplanung ist, und wofür Geld ausgegeben wurde, hat Herr Schif ganz einfach abgestritten.

Mehrere Bürger haben sich über Herrn Schif beschwert, weil sich schikaniert fühlen. Ein Bürger hat geäußert, ein Umgang mit Herrn Schiff dürfe einem Bürger nicht zugemutet werden. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle Bürger gleich behandelt werden.

Die Altenbergstraße hat Engstellen, weil sich Eigentümer von Herrn Schif nicht entsprechend behandelt fühlten und deshalb keinen Boden für die erforderliche Straßenverbreiterung und einen Gehweg bereitstellten. Wenn die Steinbacher Straße aus irgendeinem Grund nicht befahrbar ist, muss die Altenbergstraße als Ausweichmöglichkeit zur Verfügung stehen. Das ist nach einer weiteren Bebauung durch die dann entstehenden Engstellen nicht mehr ohne Behinderungen gewährleistet.

Einige Beispiele von Fehlplanungen:

Beim Neubau Schober wurde der bestehende Feldweg beseitigt. Diesen Feldweg in seiner Funktion zu belassen, hat Herr Ostfalk abgelehnt. Für einen Ersatz weg, der einen Umweg darstellt, wurden 14.000 Euro ausgegeben.

Beim Getränkemarkt wurde der Feldweg überbaut. Jetzt muss die Landwirtschaft einen erheblichen Umweg in Kauf nehmen.

Einen ordentlichen Gehweg zur Sicherheit der Kinder gibt es weder in der Geigersbergstraße noch in der Altenbergstraße, und in der Anwänderstraße ist der Gehweg nur einseitig trotz erheblichem Verkehr.

Es gibt neu geschaffene Baugebiete, wo im Bedarfsfall der Schnee nicht ungehindert gelagert werden kann und möglicherweise abtransportiert werden muss.

In der Geigersbergstraße wurde für ca. 130.000 Euro auf Kosten der Allgemeinheit ein Bach verlegt, damit private Bauplätze entstehen konnten.

Auch für den Kauf von schlecht geeignetem Bauland, wodurch die Gemeinde erheblichen finanziellen Schaden hat, ist Herr Schif mitverantwortlich. Eingebrachte Bedenken hat Herr Schif nicht beachtet.

Die Altenbergstraße und Geigersbergstraße sind stellenweise nur einbahnig befahrbar. Wenn der Müllwagen dort ist, gibt es Probleme. In der Geigersbergstraße sind die Häuser so nahe an der Straße, dass ein Abschmelzen von Schnee und Eis auf der Straße durch die Sonne kaum möglich ist. Es muss deshalb erheblich mehr Salz aufgewendet werden. Bei Schnee gibt es erhebliche Behinderungen vor allem für Fußgänger. Bei der Einfahrt von den Pfarrwiesen in die Geigersbergstraße wurden keine Rundungen gemacht.

Ich könnte diese Liste noch fortsetzen.